

Die „Tageszeitung“ erscheint täglich einmal, Sonntag und Montage nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Der Welt“, „Kraus-Welt“ und „Der Juwelen-Gemalt“. Der Tagespreis beträgt bei Einzelverkauf im Haus für Montag März 20.— Pf., in voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden sämtliche Postgebühren entgegengenommen. Unter Streifenband befindet sich Deutschland, Europa, das Meer und Weltkarte. Preis für den Abnehmer des Tagesblattes 77.— Pf. für das übrige Ausland 77.— Pf. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 42, Breite Straße 5-6

Die gewöhnlichste Konsumpreisliste über den Raum kostet 10.— Pf., einschließlich Interzessensteuer. Klein-Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.50 Pf., jedes weitere Wort 1.75 Pf., einschließlich Interzessensteuer. Kleinere Anzeigen am Tag, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.— Pf., neue per Seite, Stellen-Gesuche in Klein-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 2.— Pf., jedes weitere Wort 1.50 Pf. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

GTREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue innerpolitische Spannung

Konzentrischer Angriff der Rechtsparteien gegen die Erfüllungspolitik

Wie zu erwarten war, benutzten die rechtsstehenden Parteien die durch die Note der Reparationskommission heraufbeschworene innere Spannung zu einem neuen heftigen Angriff gegen das Kabinett. Statt der völlig unzulänglichen Finanzpolitik, die das Ergebnis des hartnäckigen Widerstandes der kapitalistischen Schichten in Stadt und Land ist, die Hauptschuld an den neuen außenpolitischen Schwierigkeiten zuzuschreiben, versuchen sie nun mit Hilfe eines Sturmhaufens gegen die Erfüllungspolitik schlechthin ihren innerpolitischen Erpresserfeldzug fortzusetzen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Kampforgan der agrarischen Lebensmittelwucherer, überschreibt ihren Artikel „Der zweiten Revolution entgegen!“ Es heißt in diesem Artikel:

„Dah Deutschland dieser neuen Schandforderung der Feinde endlich das entschlossene Nein entgegensetzt, das längst hätte gesprochen werden müssen, sollte man für selbstverständlich halten. Wir verlangen eine entsprechende Erklärung der Reichsregierung. Die sich allerdings die Frage vorlegen muß, ob sie nach allen Beweisen von Unfähigkeit zur Erkenntnis unserer wirklichen Lage noch beanspruchen kann, weiterhin das deutsche Volk vor dem Auslande zu vertreten; die aber auf der anderen Seite die Pflicht hätte, die Suppe auszulöffeln, die sie durch die schlechteste Politik, die jemals von einem bestiegten Volke getrieben wurde, für Deutschland eingebracht hat.“

Zum Schluß droht das Agrarierblatt mit einer zweiten Revolution, die infolge der Geldentwertung und der Nahrungsnöte ausbrechen müsse:

„Schon auf der Grundlage der bisherigen Ausschöpfung unserer Wirtschaft wird eine solche zweite Revolution nur sehr schwer zu verhindern sein. Gingen wir noch weiter auf dem Unheilswege der Erfüllungspolitik, dann würde sie unabwehrbar. Und gegen sie würde die Novemberrevolution ein harmloser Wubenschlag sein.“

Wesentlich ruhiger beurteilt die konservative „Kraus-Zeitung“ die Situation. Aber auch sie verlangt von der Regierung die Einstellung der Erfüllungspolitik und einen neuen inneren Kurs.

Mit der Krisenfrage taucht gleichzeitig die zweite Aufgabe des Kabinetts vor, falls es den Mut aufbringen sollte, endlich seine Erfüllungspolitik aufzugeben, die Kraft und das Ansehen geniehen, einen neuen Kurs einzuschlagen? Es ist zur Zeit vielleicht nicht zweckmäßig, diese Frage in allen ihren Konsequenzen oder Kombinationen durchzudenken. Eins aber wird jedenfalls notwendig sein, nämlich in den nächsten Tagen der unvermeidlichen Krise, die Kerven fest in der Hand zu behalten und sich keinesfalls durch Umdeutungen und Unklarheiten aus dem Erfüllungslager oder durch die Drehungen, an denen es von französischer Seite nicht fehlen dürfte, irgendwie in seinen Entschlüssen wankend machen zu lassen.“

Worin diese „Entschlüsse“ bestehen müssen, sagt das konservative Blatt wohlweislich nicht, wie es überhaupt das Kennzeichen der rechtsstehenden Presseäußerungen ist, daß sie zwar das Chaos wollen, aber mit keinem Worte andeuten, mit welchen Mitteln es überwunden werden soll. Diese verbrecherische Demagogie der deutschnationalen Katastrophenspekulation findet die volle Unterstützung der deutschen Volkspartei, deren Organe mit der größten Schärfe gegen die Regierungspolitik vorgehen. Die „Zeit“ erklärt, daß jetzt ein einfaches Nein nicht mehr genüge, da die Reparationskommission ihre Befugnisse überschritten habe:

„Die deutsche Antwort kann nichts anderes darstellen, als eine Rechtsüberzeugung in aller Form gegen eine solche Entzweiung, und sie muß die Verweigerung dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie es ablehnt, sich auf eine Erörterung der materiellen Forderungen und Bedingungen der Note überhaupt einzulassen.“

Die „Tägliche Rundschau“ haut in dieselbe Kerbe. Sie verlangt die Preisgabe der „Kathenauischen Methoden“ und kennzeichnet die Haltung ihrer Partei mit folgenden Worten:

„Die Deutsche Volkspartei stellt sich gegenwärtig die erste Frage, ob es noch Zweck hätte, beim Steuerkompromiß mitzumachen. Wenn Herr Wirth wirklich die Politik, die zur Verhinderung Deutschlands führt, fortsetzen wolle, so müsse er sich dafür wohl eine andere gesetzgeberische Mehrheit suchen. Auch von demokratischer Seite läßt man die Auffassung, daß die Durchführung der Ententebedingungen zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft führen müsse.“

Diese Verbrüderung des volksparteilichen Organs mit den Demokraten erscheint begreiflich, wenn man die Haltung des „Berliner Tageblatt“ in Betracht zieht. Erich Dombrowski sagt darin seinen Standpunkt in folgenden Sätzen zusammen:

„Der deutschen Regierung und dem Reichstage wird unter diesen Umständen gar nichts anderes übrig bleiben, als den Alliierten zu erklären, daß wir ihnen auf diesem Wege nicht zu folgen vermögen, da er unumgekehrt in den Abgrund führen und auch die Weltwirtschaft von neuem furchtlich in Unordnung bringen muß. Die verschahren finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands reben eine so überzeugende Sprache, daß wir mit offenen Karten spielen können. Der völlige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands würde auch politisch-soziale Bewegungen zur Folge haben, die keine staats-erhaltende Partei auf sich nehmen kann.“

Diese schroff ablehnende Haltung findet indessen selbst im demokratischen Lager Widerspruch. In der „Berliner Volkszeitung“ wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die jetzige Note wohl nicht das letzte Wort in der Reparationsangelegenheit darstelle; es bestehe kein Zweifel, daß die durch die politischen Entscheidungen verewaltigten wirtschaftlichen Interessen der Welt sich durchsetzen würden.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich ganz von selbst die Linie für die weitere Politik der Reichsregierung. Sie kann nur in einer Fortsetzung der bisherigen Erfüllungspolitik bestehen. Wie in diesen letzten zehn Monaten seit London, so muß auch nach Paris versucht werden, das Verlangen der Entente zu befriedigen. Im Verlauf dieses Erfüllungsvorwuchs wird sich ganz von selbst herausstellen, daß die wirtschaftliche Quadratur dieses politischen Dilemmas eine Unmöglichkeit ist und wie bisher, so werden auch hier wieder die Ententemächter unter einem derartigen Reparationsunlust zu leiden haben, so daß sich daraus zwangsläufig eine immer günstigere Revisionsatmosphäre ergeben muß. Einsteilen ist sie noch nicht so günstig, daß ein Nein gewagt werden könnte.“

In ähnlichem Sinne äußert sich Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“. Er stellt zunächst den Fortschritt fest, der in der Ermäßigung der in diesem Jahr zu zahlenden Reparationssumme von 3½ Milliarden auf 2,17 Milliarden Goldmark enthalten ist und wendet sich dann sehr scharf gegen jene Hoffnungslosigkeit, die auch in Regierungskreisen verbreitet war, daß die Zwangsanleihe von der Entente als eine genügende Deckung der Reparationsverpflichtungen angesehen würde.

„Ein Teil der Kritiker des Steuerkompromisses hat des von Anfang an bezweifelt. Diese Kritik mußte naturgemäß sehr zurückhaltend sein, weil der Vorwurf vermieden werden sollte, daß man der eigenen Regierung unnötig Schwierigkeiten bereite, indem man wunde Punkte der inneren Finanzverwaltung aufdeckte. Aber es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß man die Instinkte und die kritischen Fähigkeiten des Vertragsgenegers niemals unterschätzen darf.“

Diese vollkommen richtige Verknüpfung der jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten mit den Unzulänglichkeiten des Steuerkompromisses finden wir leider im „Vorwärts“ nicht. Er klammert sich vielmehr noch jetzt mit Händen und Füßen an das Steuerkompromiß, diese Frucht politischer Rückwärtslosigkeit und Entschlußunfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei. Vollkommen hilflos steht der „Vorwärts“ der neuen Situation gegenüber und findet nur noch — wie immer — den einen Trost, daß die USP „sich der positiven Arbeit versagte“, was, gelinde gesagt, eine Unwahrheit ist.

„Das Steuerkompromiß ist mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Vor die Wahl gestellt, entweder die Erfüllungspolitik scheitern zu lassen oder sich — da die USP sich der positiven Arbeit versagte — mit der Volkspartei zu gemeinsamen Vorkäufen zusammenzufinden, hat die Sozialdemokratie den zweiten Weg gewählt. Selbst wenn sie wollte, wäre sie nicht imstande, die Mehrheit des Steuerkompromisses auf diesem Wege noch einmal weiterzutreiben. Bei jedem Schritt weiter muß diese Steuermehrheit zerbrechen. Die Bewilligung neuer Steuern könnte also nur durch eine neue Mehrheit erfolgen, und kein Mensch sieht, wo sich eine solche finden könnte.“

Wesentlich ruhiger beurteilt das zweite Regierungsorgan, die „Germania“, die Situation. Die Parole heiße wie so oft schon „ruhig wägen, sachlich prüfen!“ Eine solche Prüfung zeige zunächst eine unverkennbare positive Seite der Entscheidung: ein Moratorium sei unwillig worden, und gegenüber dem Londoner Ultimatum sei eine Ermäßigung von zirka 27 Prozent eingetreten. An diese positiven Entscheidungen sei allerdings ein Berg von Bedingungen geknüpft.

Hier wird die Entscheidung unserer verantwortlichen Staatsmänner die allerhärteste Ruh zu knochen finden. Nicht alles darin ist neu, von vielen haben wir oft genug schon gehört, aber alles ist von größtem Gewicht. Hier gilt es nicht, ob wir wollen, oder ob wir nicht wollen, hier muß die Frage schon dahin formuliert werden, was an diesen Bedingungen auszuführen möglich ist und was unmöglich ist.“

Zu der Hauptforderung der Note übergehend, in zirka 8 bis 10 Wochen neue Steuern in Höhe von 60 Milliarden Mark gesetzlich festzulegen, erklärt die „Germania“, daß diese Forderung einfach und durchführbar sei. Komme die deutsche Regierung bei ihrer entscheidenden Prüfung der neuen Auflagen der Reparationskommission zu demselben Ergebnis, finde auch sie, daß die gestellten Forderungen in ihrer Gesamtheit oder im einzelnen unmöglich sind, dann müsse sie die Konsequenzen daraus ziehen.

Zum Schluß noch die „Rote Fahne“. Da gehts natürlich nicht ohne einen neuen Schwindel ab, der, wie immer an dieser Stelle, einen klaren politischen Gedanken erkennen muß. Das kommunistische Blatt schreibt, die USP sei prompt mit einem Vorschlag zur Hand: die Erhöhung der Umsatzsteuer. Praktisch bedeute das, daß die USP sich an die Spitze jener stelle, die die neu geforderten 60 Milliarden durch indirekte Steuern aufbringen wollen. Das alles ist natürlich von Anfang bis Ende erlogen. Es genügt, den Vorklaut der gestrigen Rede des Genossen Breitscheid im Reichstage nachzulesen, um die ganze jämmerlichkeit der kommunistischen Verleumdungstaktik zu erkennen.

Pariser Pressestimmen

Paris, 23. März.

„L'Echo“ veröffentlichte gestern abend zehn Uhr den Wortlaut der Entschlüsse der Reparationskommission, die nicht einmal von sämtlichen Blättern wiedergegeben werden. So begnügt sich „Matin“ damit, einen Auszug von 60 Zeilen zu veröffentlichen. Auch „Petit Parisien“ und „Echo de Paris“ geben die der deutschen Regierung übermittelten Noten nicht im Wortlaut wieder.

Ueber die Entscheidung der Reparationskommission schreibt „Petit Parisien“, die gesamte deutsche Presse, sowohl die sozialistische, wie auch die bürgerliche, nehme die Zugeständnisse der Reparationskommission mit Wut und Entrüstung entgegen, weil die Alliierten diesmal gemeinsam kundgeben, daß sie darauf halten würden, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, und daß sie den Zahlungsanstaus rückgängig machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in kürzester Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben durch innere und äußere Anleihen Ordnung in ihre Finanzen bringe. Daß das deutsche Volk verpflichtet sei, hart zu arbeiten und sich ernstliche Entbehrungen aufzuerlegen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Lasten zu tragen, das sei die Arbeit selbst. Aber wer trane daran schuld? Die Verwickelung sei für die Deutschen aller Klassen und aller Parteien schmerzlich. Aber im Jahre 1914, in dem Augenblick, in dem die deutschen Heere die französischen Provinzen verwüsteten, hätten sie sich das sagen sollen.

Der „Temps“ schreibt: Wenn es uns gestattet ist, eine Meinung auszusprechen, so würden wir wünschen, daß man nicht zu früh einen zu brutalen Entschluß fassen müsse. Man muß etwas der Erfahrung überlassen. Was nun die festgesetzten Zahlungsstermine anbelangt, so wird, wie schon früher bemerkt wurde, Deutschland verpflichtet sein, die Zahlbeiträge in den Zahlleistungen durch Barleistungen zu vervollständigen. Die Erhebungen der englischen Regierung auf die deutschen Einzahlungen werden durch das Sachverständigenkomitee überwacht werden. Der Unterschied der Summe, die Deutschland nach dem Londoner und nach dem gestrigen Zahlungsplan bezahlen müßte, werde zu 5 Prozent vermindert werden. Die Reparationskommission wird Ende Mai die Ausführung der von Deutschland geforderten Garantien prüfen. Wenn diese nicht befriedigend sein wird, wird sie die nach dem Londoner Zahlungsplan zu bezahlende Summe innerhalb 14 Tagen fordern.

Im „Echo National“ schreibt Tardieu: Die Reparationskommission hat sich von der demütigenden Rolle befreit, die sie seit 1921 in London spielte. In vielen Punkten fehlt es den Beschlüssen an Bestimmtheit. Es ist klar, daß die Reparationskommission sich erst an die Arbeit gemacht hat und daß sie noch nicht zum Handeln bereit ist, aber sie erinnert sich an die Pflichten und Rechte, die ihr der Versailler Vertrag gibt, oder wenigstens einiger derselben. Es gibt aber noch einige Artikel, deren sie sich noch nicht erinnert und die ihr in Erinnerung gebracht werden müssen.“

Der „Figaro“ führt aus: Die volle Last, die der Beschluß der Reparationskommission Deutschland auferlegt, beläuft sich auf 2060 Millionen Papiermark. Es wird Kathenau nicht schwer fallen, zu beweisen, daß diese ungeheuren Lasten nicht durch Steuern aufgebracht werden können, die schon verdoppelt wurden. Es scheint übertrieben, von einer freiwilligen Sabotage der deutschen Finanzen durch den Staat zu sprechen. Eine Sabotage erfüllt vielleicht, aber die finanzielle Unordnung ist gewissermaßen so ernst, daß der Wunsch, das Uebel zu heilen, wahrscheinlich als aufrichtig angesehen werden kann.“

